

PROFIL GRÜN

DAS MAGAZIN DER
BUNDESTAGSFRAKTION



**GRÜNE
WÄRME
für alle**

GRÜNE WÄRME FÜR ALLE Wie wir heizen, trägt entscheidend dazu bei, ob wir in Deutschland bis 2045 die Klimaneutralität erreichen oder nicht. Bernhard Herrmann, Kassem Taher Saleh und Katharina Dröge zeigen, wie wir diese große Aufgabe bewältigen können. **Seite 4**

ATOMKRAFT AM ENDE Der Atomausstieg ist wirtschaftlich sinnvoll und hat unser Land sicherer gemacht. Harald Ebner, Jürgen Trittin und Jan-Niclas Gesenhues betonen: Die Zukunft der Energie in Deutschland ist erneuerbar! **Seite 8**

DEN OSTEN IM BLICK Die Anliegen und das Potenzial des Ostens stärker in den Fokus zu rücken, ist ein Schwerpunkt der Gesundheitspolitikerin Paula Piechotta. Ein Porträt von Gisela Hüber. **Seite 12**

IN ZUKUNFT SELBSTBESTIMMT Mit dem Selbstbestimmungsgesetz beendet die Ampelkoalition die diskriminierende Gesetzeslage bei der Anerkennung von trans Personen. Nyke Slawik und Tessa Ganserer skizzieren den langen Weg dorthin. **Seite 14**

PFLEGE STARK MACHEN Gute Pflege braucht verlässliche Strukturen. Die Pflegereform ist ein erster Schritt in diese Richtung. Weitere müssen folgen, sagen Maria Klein-Schmeink und Kordula Schulz-Asche im Gespräch mit profil:GRÜN. **Seite 16**

AUS DEN FACHBEREICHEN Wir berichten über unsere weiteren parlamentarischen Vorhaben. **Seite 18**

GRÜN UND GRÜNER Highlights unserer Veranstaltungen. **Seite 22**

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

kaum zu glauben – 40 Jahre ist es her, dass eine junge Partei namens „Die Grünen“ den Sprung in den Bundestag schaffte. Eine bunte Fraktion aus 28 grünen Abgeordneten machte sich auf, die Politik und unser Land zu verändern. Heute sind wir stark wie nie und streiten noch immer für Freiheit und Gerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte, für Klima- und Umweltschutz, für Gleichstellung, Demokratie und einfach mehr Zukunft. In vier Dekaden haben wir mit großer Leidenschaft so manches harte Brett gebohrt. Und das tun wir bis heute.

Ein ganz besonders dickes Brett ist das Gebäudeenergiegesetz. Nach vielen Widerständen bringen wir es jetzt auf den parlamentarischen Weg. Damit legen wir den Grundstein für den Umbau zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung. Entscheidend für uns ist, diesen Umbau sozial gerecht auszugestalten. Wer noch eine Öl- oder Gasheizung hat, kann sie weiter betreiben und auch instand setzen lassen. Ist aber eine Neuanschaffung nötig, schafft das Gesetz den passenden Rahmen für eine nachhaltige Lösung – finanzielle Förderung inklusive. Mehr dazu in der Titelgeschichte dieser Ausgabe. Das Gebäudeenergiegesetz wird eng verzahnt mit der kommunalen Wärmeplanung. Sie liefert den Rahmen, damit Länder, Städte und Gemeinden gemeinsam den Aus- und Neubau von Wärmenetzen, zum Beispiel für Fernwärme, voranbringen können. Kommunen werden so vor Fehlinvestitionen geschützt und stellen klimaneutrale Wärme für die Verbraucher*innen sicher.

Ganz besonders freut es mich, dass wir jetzt bei einem grünen Herzensthema, der artgerechten Tierhaltung, einen Meilenstein setzen können. Mit der verpflichtenden Tierhaltungskennzeichnung sorgen wir für mehr Transparenz und geben Verbraucher*innen Klarheit über die Haltungsbedingungen des Tieres, dessen Fleisch auf ihren Teller kommt. Wir beginnen bei der Schweinehaltung und werden die Kennzeichnung schrittweise auf andere Tierarten ausweiten. Für die Landwirt*innen muss diese Umstellung gut zu planen und wirtschaftlich verkraftbar sein. Deshalb werden wir das Baurecht zügig ändern und den notwendigen Umbau von Ställen mit einer Milliarde Euro Fördermitteln anschieben.

Weitere wichtige Vorhaben wie das Pflegegesetz wurden abgeschlossen. Andere befinden sich auf der Zielgeraden, wie etwa das Selbstbestimmungsgesetz. Mehr zu beiden Vorhaben in dieser Ausgabe. Juni ist Pride Month, der für Stolz und Akzeptanz, gleiche Rechte und Selbstbestimmung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans, inter und queeren Menschen steht und der auf nach wie vor bestehende Diskriminierung und Stigmatisierung aufmerksam macht. Deshalb umso lauter: Happy Pride!

Herzlich



Britta Haßelmann
Fraktionsvorsitzende



Foto: Stefan Kaminski



GRÜNE WÄRME *für alle*

Das Gebäudeenergiegesetz



VON BERNHARD HERRMANN, KASSEM TAHER SALEH
UND KATHARINA DRÖGE

Deutschland will klimaneutral werden. Auf dem Weg dorthin sind noch viele Schritte zu tun. Das gilt insbesondere für den Gebäudebereich: Bis zu 40 Prozent beträgt sein Anteil an den CO₂-Emissionen in Deutschland. Bis 2030 sind hier noch gewaltige 152 Millionen Tonnen CO₂ einzusparen. Es muss etwas passieren – bei der Dämmung, bei der Effizienz, beim Bauen und ganz entscheidend auch beim Heizen. Eine enorme Aufgabe, die wir jetzt entschlossen angehen.

Mit dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) machen wir Klimaschutz konkret. Ab 2024 sollen alle neuen Heizungen mit mindestens 65 Prozent erneuerbarer Wärme betrieben werden. Auf klimafreundliche Heizungen umzusteigen, ist nicht nur unverzichtbar für den Klimaschutz. Angesichts steigender Preise für Gas und Öl hat es auch einen sozialen Effekt – für Eigentümer*innen wie für Mieter*innen. Für die Wirtschaft ist der Umstieg gut, weil er Planungssicherheit schafft und Arbeitsplätze für die heimische Industrie und unser Handwerk sichert. Mit dem Umstieg auf klimafreundliches Heizen und mehr Energieeffizienz treffen wir aber vor allem eine Entscheidung für künftige Generationen: Wir wollen unseren Kindern und Enkeln einen sauberen, lebenswerten Planeten hinterlassen. Moderne und saubere Technologien, die heute schon verfügbar sind, schaffen das auch im Bereich Wohnen.

WICHTIG FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Wie viel Treibhausgasemissionen das Heizen eines Gebäudes verursacht, hängt von mehreren Faktoren ab. Neben dem Zustand des Gebäudes kommt es auf den Energieträger an, auf

das Alter und den Zustand der Heizung. Auch die Emissionen, die bei Gewinnung und Transport des Brennstoffs anfallen, spielen mit hinein. Heizöl und Erdgas schneiden hier immer am schlechtesten ab. Drei Viertel aller deutschen Häuser und Wohnungen werden derzeit jedoch mit Öl oder Gas beheizt. Das ist das katastrophale Resultat der Untätigkeit der Vorgängerregierungen. 2020, fünf

Jahre nach dem Klimaabkommen von Paris, war noch jede dritte neue Heizung im Wohnungsneubau eine Gasheizung, 2021 war es noch jede vierte. Trotz des leicht rückläufigen Trends war das aber keine Trendwende, wie wir sie jetzt einleiten. Wie klimafreundliches Heizen geht, zeigen bereits die skandinavischen Länder und Italien – die Spitzenreiter beim Einbau von Wärmepumpen in Europa.

Neben der Wärmepumpe steht eine Vielzahl weiterer Technologien zur Auswahl: Fernwärme und Geothermie, Holzpellets mit Solarthermie und vieles mehr. Wichtig für Verbraucher*innen und Klima ist, dass die Technologien funktionieren und einsatzbereit sind. Wasserstoffmärchen oder eine verlängerte Nutzung von Öl oder Gas durch die Hintertür helfen uns nicht weiter.

UMSTEIGEN: RECHNET SICH FÜR DIE VERBRAUCHER*INNEN ...

Wer sich mit der Entscheidung für eine neue Heizung beschäftigt, sollte nicht nur auf den Anschaffungspreis schauen. Öl und Gas werden immer teurer und Deutschland will in 22 Jahren klimaneutral sein. Eine neue fossile Heizung mit einer Laufzeit von 30 Jahren müsste also schon vorzeitig ausgetauscht werden. Um solche teuren Fehlinvestitionen zu vermeiden, ist es besser, gleich auf eine klimafreundliche Heizung zu setzen. Der Umstieg auf klimafreundliches und aufs Ganze gesehen preiswerteres Heizen ist für den einzelnen Haushalt der Ausweg aus der fossilen Kostenfalle. Er verringert zugleich unsere Abhängigkeit von Gas und Öl und schützt vor unvorhersehbaren Preissprüngen.

Beim Heizen auf Erneuerbare umzusteigen, lohnt sich finanziell. Sicher: Eine Wärmepumpe kostet mehr in der Anschaffung. Genau deshalb wird sie auch öffentlich gefördert. Im Betrieb kostet sie deutlich weniger. Im Vergleich zu einer Gasheizung können dadurch rund 30 Prozent eingespart werden. Bei einer Kombination aus Sonnenenergie und Wärmepumpe können es sogar bis zu 60 Prozent sein. Auf lange Sicht ist die ökologisch bessere auch die finanziell günstigere Wahl.

... UND SOZIALER IST ES AUCH

Wir Grüne im Bundestag stehen für Klimaschutz, den sich jede*r leisten kann. Besonders wichtig ist uns bei diesem Umstieg, Bürger*innen und Wirtschaft mitzunehmen und für sozialen Ausgleich zu sorgen.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Bürger*innen bei der Anschaffung einer Heizung sozial gestaffelt und massiv unterstützt werden. Gerade kleine Einkommen sollten stärker profitieren. Gefördert werden soll auch die Alternative, eine neue Heizung zu mieten, statt sie zu kaufen. Kommen dann noch günstige Strom-Sondertarife dazu, wird der Heizungsumstieg finanziell für breite Bevölkerungsgruppen machbar.



WIRKSAMER SCHUTZ FÜR MIETER*INNEN

Effiziente, behagliche Häuser und Wohnungen für alle sind unser Ziel. Deshalb legen wir ein besonderes Augenmerk auf einkommensschwache Haushalte. Wir wollen sie davor schützen, dass sie aus ihren Wohnungen und Wohnquartieren verdrängt werden, wenn durch energetische Modernisierungen die Mieten steigen. Deshalb ist für uns ganz klar, dass der Umstieg auf erneuerbare und faire Wärme mit gezielter Förderung und wirksamem Schutz der Mieter*innen einhergehen muss. Finanziell betrachtet ist die energetische Modernisierung derzeit weder für Vermieter*innen noch für Mieter*innen gut gelöst. Das wollen wir ändern. Denn Vermieter*innen, die in Energieeinsparung investieren, können dieses Geld nicht wieder über die eingesparten Energiekosten hereinholen. Zur

Refinanzierung sind sie

auf die Mieterhöhung über die Modernisierungsumlage angewiesen, die aktuell bei acht Prozent der Miete liegt. Wo die Mieten niedrig sind, kann es sein, dass sich eine energetische Sanierung für Vermieter*innen gar nicht lohnt. Für Mieter*innen kann eine Investition in Energieeinsparmaßnahmen dagegen am

Ende sogar negative Auswirkungen haben, wenn nämlich die Mieterhöhung höher ausfällt als die eingesparten Energiekosten.

Um dieses Dilemma zu überwinden, will die grüne Bundestagsfraktion das Drittelmodell einführen und damit die Herausforderungen der energetischen Gebäudesanierung fair zwischen Vermieter*innen, Staat und Mieter*innen verteilen. Der Staat übernimmt dabei die Finanzierung zielgerichteter Fördermaßnahmen nicht mehr als Kredit, sondern als Zuschuss. Folglich können die Vermietenden die Fördersumme in Zukunft nicht mehr auf die Mieterhöhung anrechnen. Deshalb wollen wir die Modernisierungsumlage absenken und begrenzen.

In einem weiteren Schritt prüfen wir die Einführung der Teilwarmmiete. Bei dieser Form eines Mietvertrags stellen Vermieter*innen eine definierte Basisversorgung mit Wärme sicher. Alles, was darüber hinaus an Heizleistung in Anspruch genommen wird, zahlen die Mieter*innen selbst. In der Teilwarmmiete geht dann die Modernisierungsumlage auf. So bleibt nach der energetischen Modernisierung die Warmmiete in der Regel konstant, die Kosten werden gerecht verteilt. Zudem wird ein Anreiz geschaffen, auch als Vermieter*in die Förderprogramme in Anspruch zu nehmen.

GROSSE CHANCEN FÜR DIE WIRTSCHAFT

In wenigen Jahren auf klimagerechte Wärmeversorgung umzusteigen, bedeutet eine enorme gesellschaftliche Kraftanstrengung. Doch darin stecken zugleich große Chancen für Unternehmen und das Handwerk. Unsere heimischen Hersteller investieren bereits in den Ausbau der Produktionskapazitäten und die Qualifizierungsoffensive ist in vollem Gange. Die rasant gestiegene Nachfrage nach Wärmepumpen zeigt, dass der Umstieg begonnen hat.

Die Nachfrage nach Wärmepumpen hat sich dieses Jahr in Deutschland bereits mehr als verdoppelt. Das

zeigt, wie attraktiv die Wärmewende jetzt schon für die Bürger*innen ist. Europaweit haben wir vergangenes Jahr mit drei Millionen verkauften Wärmepumpen einen Rekord erreicht. In Deutschland sind knapp 50.000 Betriebe und fast 400.000 Beschäftigte im Sanitär- und Heizungsgewerbe tätig. Wenn jeder nur eine Wärmepumpe im Monat installiert, sind wir schon im Millionenbereich.

Auch bei Heizungen stehen wir im harten internationalen Wettbewerb. Die amerikanische Milliardeninvestition in den Heizanlagenbauer Viessmann, die Steigerung der Produktionskapazität von Vaillant auf 500.000 Stück im Jahr oder die Investition von Stiebel Eltron von 600 Millionen Euro in seine europäischen Herstellungskapazitäten zei-



gen, welche wirtschaftliche Wachstumsdynamik in der Wärmewende steckt. Umschulungen und Weiterbildungen laufen mit Höchstgeschwindigkeit – allein beim Heizungsbauer Stiebel Eltron haben sich über 10.000 Fachhandwerker*innen, ebenso Haushersteller, Planer*innen und Architekt*innen online zur Beratung registriert. Auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz fördert Handwerksbetriebe; geplant ist, mindestens 20.000 Handwerker*innen und Energieexpert*innen weiterzuqualifizieren.

KOMMUNALE WÄRMEPLANUNG IST EINE WICHTIGE ERGÄNZUNG

Nicht alle Hausbesitzer*innen können sich selbst um die eigene Wärmeversorgung kümmern. Mit dem Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung unterstützen wir sie, denn damit verbessern wir gleichzeitig die Bedingungen für gemeinsame Wärmekonzepte wie zum Beispiel Fernwärmenetze. Auch hier gelten vergleichbar hohe Vorgaben zur Energieeffizienz und zum Anteil erneuerbarer Wärme.

Wärmenetze beliefern derzeit 14 Prozent unserer Wohnungen und Häuser. Die Wärme wird durch ein Heizkraftwerk oder die Abwärme eines Unternehmens bereitgestellt und kommt über Rohrleitungen zu den Verbraucher*innen. Ganze Straßenzüge können damit versorgt werden. Vor allem in Ballungszentren kommt den Wärmenetzen eine wesentliche Rolle zu. Aber auch kleinere Gemeinden und Dörfer nehmen ihre Wärmeversorgung zunehmend selbst in die Hand und organisieren ihre Nahwärmenetze in Form von Energiegenossenschaften.

Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Wärmenetze künftig flächendeckend mit erneuerbarer Energie betrieben werden. Außerdem sollen diese Angebote ausgeweitet werden. Ob Großwärmepumpen oder Solar- und Geothermie, Blockheizkraftwerke oder Abwärme – vielfältige Quellen erneuerbarer Energien sind technisch ausgereift und längst verfügbar.

Es gibt bereits Förderprogramme des Bundes, um bestehende Wärmenetze von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energiequellen umzustellen und den Aus- und Neubau klimaneutraler Wärmenetze voranzubringen. Mit dem Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung geben wir unseren Kommunen zusätzliche Möglichkeiten an die Hand. Ziel ist es, die Umstellung von Wärmenetzen effizient und den Bedürfnissen und Möglichkeiten vor Ort entsprechend umzusetzen.

AUS DEM FENSTER HEIZEN WAR GESTERN

Zwei Drittel der Wohngebäude in Deutschland (62 Prozent) sind vor 1979 entstanden. Sie wurden noch vor der ersten Wärmeschutzverordnung gebaut. Drei Viertel dieser Gebäude sind nach wie vor unzureichend gedämmt: Was für eine Energieverschwendung! Und es sind häufig Menschen mit niedrigem Einkommen, die in diesen Gebäuden

leben und den viel zu hohen Energieverbrauch bezahlen müssen. Solche Gebäude energetisch zu modernisieren, heißt auch, die soziale Schieflage in Deutschland anzugehen.

Wenn wir uns von fossilem Gas und Öl unabhängiger machen wollen und der Einstieg in die faire Wärme gelingen soll, müssen wir der Energieeffizienz unserer Gebäude eine höhere Priorität zumessen.

Deshalb wollen wir im Gebäudeenergiegesetz auch im Bestand für höhere Standards sorgen. Vor allem in bereits bestehenden Gebäuden lässt sich viel Energie einsparen: durch energetische Modernisierung und den Umstieg auf effiziente Heizsysteme, die mit erneuerbarer Wärme betrieben werden. Ein gutes Modell, um in kurzer Zeit möglichst viele Häuser auf den neuesten Stand zu bringen, ist die serielle Sanierung. Für Häuser, die ähnliche oder identische Merkmale aufweisen, können Bauelemente in Serie vorgefertigt und montiert werden. Die Vorteile sprechen für sich: niedrigere Kosten und eine kürzere Sanierungsdauer. Deshalb wollen wir die serielle Sanierung zügig voranbringen.

GRÜNE WÄRME FÜR ALLE

Wir sind mit der Wärmewende auf gutem Weg, den Umstieg auf klimafreundliches Heizen wirtschaftlich verkraftbar und sozial gerecht zu gestalten. Das Gesetzespaket aus Gebäudeenergiegesetz, Energieeffizienz und kommunaler Wärmeplanung gibt dafür klare politische Rahmenbedingungen vor. Damit kann der Umstieg auf moderne, zukunftsfähige Heizungen rechtzeitig für einen wirksamen Klimaschutz gelingen. Zugleich sorgen wir mit massiver und gezielter Unterstützung dafür, dass wirklich alle profitieren können.

- gruene-bundestag.de/geg
- gruene-bundestag.de/gruene-waerme



KATHARINA DRÖGE
Fraktionsvorsitzende



BERNHARD HERRMANN
Mitglied im Ausschuss für
Klimaschutz und Energie



KASSEM TAHER SALEH
Obmann im Ausschuss für Wohnen, Stadt-
entwicklung, Bauwesen und Kommunen



Foto: Stefan Kaminski

Auf dem Foto von links nach rechts: Jan-Niclas Gesenhues, Leiter der AG Umwelt, Jürgen Trittin, Bundesumweltminister a. D., und Harald Ebner, Vorsitzender im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Mit dem Atomausstieg beginnen wir ein neues Energiezeitalter mit risikoarmen, unabhängigen und erneuerbaren Energien aus Wind und Sonne. Ein Blick zurück und nach vorn zeigt: Teure, hochriskante Atomkraft war und ist keine Lösung. Der Ausstieg hat unser Land sicherer gemacht und er ist auch wirtschaftlich vernünftig. Versuche der Ewiggestrigen, am Atomstrom festzuhalten, haben Milliarden Euro an Entschädigungssummen gekostet – die Energiewende konnten sie nicht aufhalten.

DIE ATOMKRAFT IST AM ENDE.

VON HARALD EBNER, JÜRGEN TRITTIN UND JAN-NICLAS GESENHUES

Der 15. April 2023 markiert eine Zäsur in der Geschichte der Energiegewinnung in Deutschland. An jenem Samstag ging um 23.59 Uhr mit Neckarwestheim 2 das letzte deutsche Atomkraftwerk vom Netz. Zuvor waren bereits die Reaktoren Isar 2 und Emsland heruntergefahren worden. Knapp 62 Jahre nachdem am 17. Juni 1961 der Reaktor in Kahl erstmals Atomstrom ins deutsche Netz einspeiste, ist die Zeit der Atomenergie in unserem Land beendet.

Die Geschichte des Widerstands gegen die Atomkraft ist eng mit uns Grünen verbunden. Über 40 Jahre haben wir, zunächst aus der Zivilgesellschaft heraus und gemeinsam mit vielen Verbündeten, gegen die Hochrisikotechnologie Atomkraft gekämpft. Ob in Wyhl oder Gorleben – die Anti-Atomkraft-Bewegung war nicht nur tragende Säule der Entstehung der Grünen, sondern ständige Treiberin der Debatte, ohne die es auch den jetzigen Ausstieg so nicht gegeben hätte.

Die erste Bundesregierung mit grüner Beteiligung beschloss deshalb 2001 den einvernehmlichen Ausstieg aus der Atomenergie. Diese Entscheidung war eine der wichtigsten in der Geschichte der Bundesrepublik, denn mit ihr wurde ein gesellschaftlicher Großkonflikt befriedet. Doch 2010 kündigte die schwarz-gelbe Regierung diesen Konsens auf und entschied sich für Laufzeitverlängerungen – was sich bald als folgenschwerer und teurer Fehler erweisen sollte. Dennoch: Trotz diverser Bremsversuche vormaliger Bundesregierungen produzieren erneuerbare Energien heute doppelt so viel Strom wie die Atomkraftwerke in ihren besten Zeiten.

Und spätestens nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima am 11. März 2011 war selbst den meisten Atomkraft-Anhänger*innen im politischen Berlin klar: Atomkraft ist keine Lösung, sicher ist nur das Risiko. Infolge der Kernschmelzen in drei Reaktoren des AKW Fukushima Daiichi beschloss der Deutsche Bundestag vor zwölf Jahren erneut, einstimmig und nunmehr endgültig den Atomausstieg zum 31. Dezember 2022. Die Folge des vorherigen schwarz-gelben Manövers: Die gerichtlich bewilligten Schadenersatzzahlungen an die Atomkonzerne gingen in die Milliarden.

Russlands völkerrechtswidriger Überfall auf die Ukraine stellte uns vor massive neue Herausforderungen – auch bei der Energieversorgung. 16 Jahre verfehlter Energiepolitik unter CDU-Führung hatten Deutschland in eine übergroße fossile Abhängigkeit manövriert. Wieder wurde eine Debatte über den Ausstieg vom Ausstieg losgetreten. Dass die letzten drei deutschen Atomkraftwerke dreieinhalb Monate länger als geplant am Netz blieben, war für uns Grüne ein schwieriger Kompromiss und der Sorge vor einer durch Putin provozierten Energiekrise geschuldet. Rückblickend behielten die Kritiker*innen recht: Diese letzte Laufzeitverlängerung war zur Sicherung der Energieversorgung Deutschlands nicht nötig.

Statt aus diesen Fehlern zu lernen, schielen die Beharrungskräfte der Vergangenheit weiterhin auf die Atomkraft. Dabei hat der Krieg in der Ukraine nichts an den Gefahren dieser Hochrisikotechnologie geändert – ganz im Gegenteil: Er hat uns deren Verwundbarkeit deutlich vor Augen geführt. Russland setzt Atomkraftwerke gezielt als Drohpotenzial und Waffe ein. Selbst die Internationale Atomenergie-Organisation spricht nur noch von „Glück“, wenn es um die Verhinderung ernster nuklearer Gefahren geht.



Ein Arbeiter im Schutzanzug bearbeitet Materialien, die direkt aus dem Abbau der Atomkraftwerke oder aus dem Zwischenlager kommen.

Trotzdem konnte sich die Europäische Union bisher nicht zu Sanktionen gegen die russische Atomwirtschaft durchringen. Das zeigt, wie abhängig wir von Atomkraft, russischem Know-how und Rohstoffen in anderen europäischen Ländern sind: 2021 kamen 20 Prozent des europäischen Uranbedarfs aus russischen Minen, weitere 23 Prozent aus kasachischer Produktion, die von Russland kontrolliert wird. Der deutsche Atomausstieg macht uns deshalb auch hier unabhängiger.

ATOMKRAFT: UNBEHERRSCHBARES UND MILLIARDENTEURES AUSLAUFMODELL

Abgesehen von der neuen Weltlage – die Risiken der Atomkraft bleiben auch in hoch entwickelten Industrienationen unbeherrschbar. Nirgendwo auf der Welt ist es möglich, ein Atomkraftwerk gegen einen Super-GAU zu versichern. Die weltweite Reaktorflotte ist im Schnitt über 30 Jahre alt – Störanfälligkeit, Verschleiß und Materialermüdung werden folglich zunehmen. Viele der alten Reaktoren entsprechen nicht mehr dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik.

Atomkraft war, ist und bleibt eine der teuersten Stromerzeugungstechnologien. Die Kosten für die Produktion einer Kilowattstunde Atomstrom sind bis zu viermal so hoch wie bei Wind- oder Solarenergie. Ohne exorbitante staatliche Subventionen war Atomkraft nie wettbewerbs-

fähig. Neubauprojekte wie in Finnland oder Frankreich laufen komplett aus dem Ruder: Im französischen Flamanville haben sich die Kosten auf über zwölf Milliarden Euro glatt vervierfacht, ein Bauende ist nicht abzusehen. Die Anlage in Finnland produziert nach 18-jähriger Bauzeit endlich Strom, wurde aber ebenfalls fast viermal so teuer wie geplant und musste die Produktion bereits drosseln.

Trotz dieser Fakten halten Ewiggestrige an der Mär von der weltweiten Renaissance der Atomkraft fest. Dabei ist Atomkraft auf dem Rückzug – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Der globale Atomkraft-Anteil an der Stromerzeugung sank 2021 erstmals seit Jahrzehnten unter zehn Prozent. Weltweit geht mehr Reaktorleistung vom Netz, als neue hinzukommt. Für den Primärenergiebedarf der Welt liefert Atomkraft nicht einmal fünf Prozent.

Das Beispiel unseres Nachbarn Frankreich zeigt zudem, dass die Versorgung durch Atomkraft alles andere als sicher ist: Im vergangenen Sommer stand zeitweise über die Hälfte der französischen AKW wegen Kühlproblemen, Sicherheitsmängeln oder aus Wartungsgründen still. Frankreich musste 2022 zehn Monate Strom importieren – Kosten: sieben Milliarden Euro.

Extrem teuer wäre auch eine nach heutiger Gesetzeslage rechtswidrige AKW-Reserve, wie sie Union und FDP fordern. Für zwingende Nachrüstungen sind pro Reaktor 1,7 Milliarden Euro zu veranschlagen. Diese hätten die Steuerzahler*innen ebenso zu zahlen wie die täglichen Kosten für eine Bereithaltung ohne Leistungsbetrieb von circa 100 Millionen Euro pro Reaktor und Monat.

STRAHLENDES ERBE: 1.900 CASTOREN HOCHRADIOAKTIVER ATOMMÜLL

Der deutsche Atomausstieg ist ein Sicherheitsgewinn für unser Land, denn mit dem Abschalten der Reaktoren sank das nukleare Risiko um ein Vielfaches. Aber damit endet unsere politische und gesellschaftliche Verantwortung nicht. Das strahlende Erbe dieser Ära wird uns noch Jahrtausende beschäftigen. Während nur drei Generationen Atomkraft genutzt haben, werden sich 30.000 Generationen mit dem Müll beschäftigen müssen.

Schätzungen zufolge wird allein der Rückbau eines einzigen Reaktors etwa eine Milliarde Euro kosten und mindestens 15 Jahre dauern.

Groß sind auch die Finanzierungsrisiken bei der Entsorgung (hoch-)radioaktiver Abfälle. Zu Beginn der Atomstromnutzung wurden Zeiträume und Komplexität der hierfür notwendigen Verfahren systematisch kleingeredet. Heute zeigt sich, wie naiv das war: Weltweit ist noch kein einziges Endlager in Betrieb. Deutschland muss für rund 1.900 Castoren hochradioaktiven Atommülls noch ein Endlager finden.

Dafür wurden 2013 mit dem Standortauswahlgesetz die Lehren aus Gorleben gezogen: In einem transparenten, wissenschaftsbasierten Verfahren wird nun ein Endlagerstandort gesucht, der – nach Maßgabe der Geologie und nicht der Politik – die größtmögliche Sicherheit aufweist. Diese Jahrhundertaufgabe ist aufgrund des hohen Anspruchs an Wissenschaftlichkeit und Partizipation mit keinem anderen Großprojekt in Deutschland vergleichbar.

Die konkreten Prognosen für ein funktionstüchtiges Endlager, um die radioaktiven Abfälle für mindestens eine Million Jahre sicher zu verschließen, sind ernüchternd. Eine Inbetriebnahme ist wohl erst zum Ende dieses Jahrhunderts zu erwarten.

ENG VERBUNDEN: DAS KRAFTWERK UND DIE BOMBE

In der derzeitigen Debatte wird ein Thema meist ausgeblendet, das bei der Atomkraft jedoch niemals vergessen werden darf: Die zivile Nutzung der Atomenergie war und ist nicht zu trennen von der militärischen Nutzung. Allein eine höhere Anreicherung macht aus Uran für Atomkraftwerke geeignetes Material für Atombomben. Die Gefahr, dass mit der zivilen Anwendung Wissen, Materialien und Technologien auch für militärische Atomprogramme genutzt werden, ist real und aktuell im Iran zu sehen.

Die Weiterverbreitung nuklearer Waffen stellt ein akutes Risiko für die Sicherheit der Welt dar. Eisenhowers Motto „Atome für den Frieden“, das am Anfang der weltweiten Atomstromerzeugung 1953 stand, war falsch und ist es immer noch. Heute planen vor allem solche Länder neue Atomkraftwerke, die ein strategisches Interesse an Atomwaffen haben oder es zumindest nicht dementieren – Länder wie Saudi-Arabien, Ägypten oder die Türkei. Das Gros aller AKW-Neubauten liegt in Russland und China oder wird in Kooperation mit diesen Ländern vorangetrieben. Das alles zeigt: Es gibt keine klare Trennung zwischen ziviler und militärischer Nutzung von Atomenergie.

DER BEGINN EINES NEUEN ENERGIEZEITALTERS

Unsere Energieversorgung muss bis 2045 klimaneutral und klimakrisensicher sein. Atomkraftwerke sind weder das eine noch das andere. Betrachtet man die gesamte Wertschöpfungskette, sind AKW alles andere als emissionsfrei. Und auch gegen die Auswirkungen der Klimakrise ist die Atomenergie nicht gewappnet: AKW brauchen zur Kühlung viel Wasser – extreme Trockenheit und sinkende Flusspegel sind ein Risiko für den sicheren und zuverlässigen Betrieb der Anlagen.

Die Atomkraft wird uns weder bei der Energiewende noch bei der Bekämpfung der Klimakrise helfen. Sie ist zu langsam, zu teuer und zu risikoreich. Stattdessen brauchen wir den massiven, schnellen Ausbau von erneuerbaren Energien. Denn mit Wind- und Solaranlagen stehen uns günstigere, risikoarme und klimakrisensichere Energieformen zur Verfügung.

In der Ampelkoalition haben wir uns auf den Weg gemacht: Allein im ersten Quartal dieses Jahres konnten bereits 3,3 Gigawatt an Solar- und Windenergie an Land und auf See zugebaut werden. Noch nie wurde in Deutschland so viel erneuerbarer Strom gewonnen: Der Mai 2023 war der Monat mit dem höchsten Anteil erneuerbarer Energie an der Stromversorgung unseres Landes.

Gleichzeitig gilt es, auch das letzte Kapitel der nuklearen Energiegewinnung in Deutschland noch zu beenden: Unser Ziel ist es, die Atomfabriken in Gronau und Lingen schnellstmöglich zu schließen.

Der Atomausstieg war ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg in ein neues Energiezeitalter. Wir haben die Grundlagen geschaffen für eine unabhängige Energieversorgung der Zukunft. Die Weichen sind gestellt für günstige, sichere und nachhaltige Technologien aus Wind und Sonne. Wir schauen nicht zurück, sondern zuversichtlich nach vorn. Atomkraft in Deutschland ist Vergangenheit, die Zukunft ist erneuerbar!

• gruene-bundestag.de/atomausstieg

TEXT: GISELA HÜBER,
FOTO: STEFAN KAMINSKI

Als Ko-Sprecherin der Landesgruppe Ost in der grünen Bundestagsfraktion will die Leipzigerin Paula Piechotta den Osten grüner machen und seinen Menschen eine hörbare Stimme geben. Als Mitglied im Haushaltsausschuss setzt sie sich für eine bessere Gesundheits- und eine nachhaltigere Verkehrspolitik ein.

Präsenzer Blick aus dunklen Augen: Entspannt sitzt uns Paula Piechotta zum Gespräch gegenüber. „Zwei sitzungsfreie Wochen hintereinander“, stellt sie zufrieden fest. Mal kein tägliches Pendeln mit dem Zug, bei einer Stunde und fünfzehn Minuten spart sie sich die Arbeitswohnung in Berlin. Ihre Ortstermine in Leipzig absolviert sie mit dem Fahrrad. „Selbst bei BMW und Porsche bin ich mit dem Rad vorgefahren. Alle grünen Klischees erfüllt“, erzählt sie lachend. Der Leipziger Süden ist eine grüne Hochburg, bei der letzten Bundestagswahl lagen die Grünen hier vorn. Für ein Direktmandat hat es nicht ganz gereicht, aber für ein sicheres Ticket in den Bundestag. Die gebürtige Thüringerin will ihr Mandat nutzen, um den Osten grüner zu machen. „In Dresden, Jena und Erfurt haben wir ja gute Ergebnisse, aber abseits der größeren Städte wird es schwierig. Da fehlen uns die jungen Leute.“ Ihr ist klar, von „dem Osten“ zu sprechen, bedient auch die gängigen Vorurteile. „Doch es gibt eben immer noch sehr große Unterschiede zwischen West und Ost“, betont sie, „das reicht vom Lohnniveau bis zur geringen Präsenz Ostdeutscher in Führungspositionen. Das muss anders werden.“ Als Ko-Organisatorin der „Großen Ostrunde“, die nach der letzten Bundestagswahl ins Leben gerufen wurde, will sie die Anliegen und das Potenzial des Ostens stärker in den Fokus rücken.

Als Piechotta 2010 den Grünen in Gera beitrifft, ist ihre Familie wenig begeistert. Ihre Eltern, beide Theologen, gehörten zu den oppositionellen Kreisen in der DDR. Daher begegnen sie Parteien mit einer gewissen Skepsis. „Ich habe die Gottesdienste meiner Mutter auf der Orgel begleitet, drei an jedem Sonntag“, erzählt sie. „Mein Bedarf an Gottesdiensten ist erst mal gedeckt.“ Vielleicht hätte aus der Musik mehr wer-

den können. An einem Weimarer Gymnasium genießt sie neben der Schule eine Klavierausbildung, ihrer alten Schule hat sie zuvor den Rücken gekehrt. „Zu viele Nazis“, erklärt sie knapp. Mit ihnen zu reden, verweigert sie bis heute: „Man darf denen kein Forum geben, auch nicht in den öffentlichen Medien.“

Die Werte ihres Elternhauses, die Kritik an Autoritäten, prägen sie ebenso wie die Konfrontation mit dem frühen Tod ihrer Eltern. Nach dem Abitur geht sie zum Medizinstudium nach Jena und hängt noch eine Facharztweiterbildung in Heidelberg und Leipzig dran. Sie könnte in Baden-Württemberg bleiben, in der Partei stehen ihr viele Türen offen, aber sie geht zurück. Bis zu ihrem Einzug in den Bundestag 2021 arbeitet sie an der Uniklinik Leipzig. „Ich habe gelernt, mit wenig Schlaf auszukommen, war immer mit vielen verschiedenen Menschen konfrontiert, das hilft mir heute.“ Im Klinikalltag wird ihr schnell klar, dass Verbesserungen im Gesundheitswesen nur über die Politik zu erreichen sind. Als Abgeordnete besucht sie viele Krankenhäuser und weiß, woran es fehlt: Qualität, Zeit, Personal.

Und was genau macht sie im Rechnungsprüfungsausschuss? Nun – zum Beispiel der Frage nachgehen, wie viel Geld den Staat die Klohäuschen an deutschen Autobahnen kosten. „Das ist unsere Aufgabe als Parlament“, sagt sie mit großem Ernst und amüsiert zugleich. Auch wenn die Grünen in der Ampelkoalition nun selbst mit am Hebel sitzen – ihr bereitet es richtig Spaß, der Regierung genau auf die Finger zu schauen. Da blitzt sie wieder durch, die kritische Distanz: „Ich bleibe so lange in der Politik, wie ich ein gutes Gefühl dabei habe.“ Zur Sicherheit arbeitet sie weiterhin zwei Tage im Monat in ihrem Beruf als Radiologin.

Langweilig wird es ihr also nicht. Und ihr Lebensmittelpunkt Leipzig hat viel zu bieten. Die traditionsreichen Bach-Konzerte interessieren sie weniger, „mein Musikgeschmack ist eher eklektisch. Ich höre gern internationale Podcasts, Großbritannien nach dem Brexit ist spannend.“ Mit ihrem Freund teilt sie eine Leidenschaft, die ihre Freunde reichlich spleenig finden. Zu jeder Jahreszeit gehen die beiden „in die

Pilze“ und immer landet etwas im Kochtopf. Oder sie sitzen auf dem Dach einer alten Industriehalle am Stadtrand und schauen in den Nachthimmel. Ihre Botschaft ist optimistisch: „Hier im Osten gibt es viel zu gewinnen!“

Das Foto wurde am 16. Juni 2023 im Tränenpalast an der Berliner Friedrichstraße aufgenommen.



*DEN
OSTEN
IM
BLICK*



In Zukunft *selbstbestimmt*

VON NYKE SLAWIK UND TESSA GANSERER



Foto: Stefan Kaminski

Eigentlich ist es ganz einfach. Alle Menschen haben das Recht auf Selbstbestimmung. In unserer Gesellschaft ist es in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen gelungen, die Geschlechterrollen, in die Menschen unnötigerweise gedrängt werden, infrage zu stellen. Aber es war eine lange und schmerzhaft Geschichte, bis engagierte Menschen das Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung für sich und andere erstreiten konnten.

Mit dem Selbstbestimmungsgesetz beendet die Ampelkoalition die bisherige diskriminierende Gesetzeslage bei der Anerkennung von trans Personen. In Zukunft ist es so einfach: Eine falsche Geschlechtszuordnung wird durch eine Erklärung beim Standesamt korrigiert. So kommt die Hoheit über das eigene Leben wieder dahin, wo sie hingehört: in die Hände der jeweiligen Person.

Die Regelungen zu geschlechtlichen Veränderungen durch medizinische Maßnahmen lässt das neue Gesetz unverändert. Sie unterliegen wie bisher fachmedizinischen Prüfkriterien. Darüber hinaus hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbart, einen Entschädigungsfonds auf den Weg zu bringen. Er soll Menschen zugutekommen, die durch Vorgaben im „Transsexuellengesetz“ sowie durch Zwangsoperationen im Kindesalter Unrecht erfahren haben. Noch in diesem Jahr soll der Bundestag das Selbstbestimmungsgesetz beschließen.

Das Selbstbestimmungsgesetz bringt große Erleichterungen im Alltag. Für Menschen, denen bei Geburt ein Geschlecht zugeschrieben wurde, das nicht dem tatsächlichen entspricht, ist eine unkomplizierte Personenstandsänderung von fundamentaler Bedeutung. Denn sind die Angaben in Ausweisdokumenten falsch, müssen sie sich ständig aufs Neue erklären: in jeder Behörde, vor dem Flugschalter oder beim Abschluss eines Handyvertrags. Das ändern wir. Das Selbstbestimmungsgesetz ist aber nicht nur eine faktische Verbesserung im Leben einiger. Es ist vielmehr eine Werteentscheidung: Das Versprechen unseres Grundgesetzes gilt für alle und die Würde aller Menschen ist unantastbar.

Dass wir mit der Ampelkoalition trans- und intergeschlechtlichen sowie nicht binären Menschen geschlechtliche Selbstbestimmung ermöglichen, ist ein großer Erfolg. Nach Jahrhunderten der Kriminalisierung und Pathologisierung ist dieser Schritt mehr als überfällig. Dennoch sind Menschen, denen bei Geburt ein falsches Geschlecht zugeordnet wurde, in ihrem Alltag immer noch vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt. Zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen inzwischen, dass trans, inter und nicht binäre Menschen häufig Ablehnung und Stigmatisierung erleben oder die Erfahrung machen, ausgeschlossen zu werden – in der Öffentlichkeit, im Sport, im beruflichen Umfeld, in der Nachbarschaft. Und obwohl trans Personen gegenwärtig im öffentlichen Diskurs deutlich sichtbar sind, wird darüber kaum gesprochen. Auch das neue Gesetz wird nicht alle Probleme lösen.

ERNIEDRIGENDE GESETZESLAGE AUFGEHOBEN

Das sogenannte Transsexuellengesetz (TSG) von 1981 mit der Reform aufzuheben, ist jedoch längst überfällig. Damals war es für die Bundesrepublik ein Fortschritt, weil es überhaupt ein Gesetz und offizielles Verfahren zur Anerkennung von trans Personen gab. Gleichzeitig schrieb dieses Gesetz aber von Anfang an Unrecht fort, Blut und Trä-

nen kleben daran. Bis 2008 mussten transgeschlechtliche Menschen beispielsweise ihre Ehe scheiden und bis 2011 sich für eine Änderung des Personenstandes zwangssterilisieren lassen. Ein demütigendes, teures und langwieriges Verfahren schreibt eine gerichtliche Entscheidung auf Grundlage zweier Fachgutachten vor.

KLAGEN EBNETEN DEN WEG

In der Rechtsprechung hat sich in den vergangenen Jahren zwar manches bewegt, dabei ist aber auch deutlich geworden, dass der Bundestag jetzt handeln muss. In insgesamt sechs Einzelentscheidungen hat das Bundesverfassungsgericht Teile des „Transsexuellengesetzes“ für grundgesetzwidrig erklärt. Voraus gingen diesen Urteilen jeweils langwierige und ressourcenintensive Klageprozesse – der Weg, über den die Rechte aller queeren Menschen bedauerlicherweise meist eingeklagt werden müssen. Die Entscheidungen des Gerichts formulieren Feststellungen und Grundsätze, die Maßstäbe für die neue gesetzliche Grundlage vorgeben: Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes schützt die Würde des Menschen in der Individualität, in der er sich selbst begreift. Dieser Verfassungsgrundwert gewährleistet zugleich in Verbindung mit Artikel 2 Absatz 1 die Freiheit des Individuums, sich seinen Fähigkeiten und Kräften entsprechend zu entfalten. Durch diese Artikel geschützt ist auch der Vorname eines Menschen, zum einen als Mittel zu seiner Identitätsfindung und Entwicklung der eigenen Identität, zum anderen als Ausdruck seiner erfahrenen oder gewonnenen geschlechtlichen Identität.

Zudem hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss zur sogenannten dritten Option vom 8. November 2017 ausgeführt: „Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 GG schützt mit der engeren persönlichen Lebenssphäre auch den intimen Sexualbereich des Menschen, der die sexuelle Selbstbestimmung und damit auch das Finden und Erkennen der eigenen geschlechtlichen Identität sowie der eigenen sexuellen Orientierung umfasst.“

Diese Rechte gelten für alle – für Menschen jedoch, deren Lebensweise und Zugehörigkeit nicht den heteronormativen, traditionellen, zweigeschlechtlichen Vorstellungen von „Frauen“ und „Männern“ entsprechen, brauchte es dafür erst Urteile des Bundesverfassungsgerichts.

Bereits 2015 hat der Europarat in einer Resolution die Mitgliedstaaten aufgefordert, zur Wahrung der Menschenrechte von transgeschlechtlichen Menschen Verfahren zu schaffen, die ohne Zwangsbegutachtung auskommen. Zahlreiche europäische Länder haben das bereits erfolgreich und ohne nennenswerte Missbrauchsfälle umgesetzt, wir holen das jetzt mit dem Selbstbestimmungsgesetz nach.

• gruene-bundestag.de/selbstbestimmt



MARIA KLEIN-SCHMEINK
Stv. Fraktionsvorsitzende

KORDULA SCHULZ-ASCHE
Mitglied im Gesundheitsausschuss

Im Gespräch

PFLEGE STARK MACHEN

Gute Pflege braucht verlässliche Strukturen. Das gilt für die häusliche Pflege ebenso wie für die Arbeitsbedingungen und die Ausbildung der Fachkräfte sowie die Angebote in der Kommune. Das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG) ist ein erster Schritt in diese Richtung. Weitere Reformen müssen folgen, wie unsere Fachpolitikerinnen Maria Klein-Schmeink und Kordula Schulz-Asche im Gespräch deutlich machen.

profil:GRÜN: Die gerade vom Bundestag beschlossene Pflegereform entlastet insbesondere pflegende Angehörige. Warum ist das so wichtig?

Maria: In Deutschland leben derzeit fünf Millionen pflegebedürftige Menschen, von denen über 80 Prozent zu Hause versorgt werden – oft ganz ohne professionelle Hilfe.

Die häusliche Pflege durch Angehörige und nahestehende Personen bildet das Rückgrat unserer pflegerischen Versorgung. Deshalb stellen wir den Betroffenen und pflegenden Angehörigen mit dem PUEG bis 2025 insgesamt sechs Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Klar ist aber auch, dass wir die gesamte Struktur in der Pflege stärken müssen, um als Gesellschaft die anstehenden Herausforderungen zu meistern.

Kordula: Der Handlungsdruck ist wirklich enorm. Die geburtenstarken Jahrgänge kommen ins Rentenalter. Wir werden eine Generation mit mehr Hochbetagten als heute haben – und damit viel mehr Pflegebedürftige. Gleichzeitig verschärft es den Fachkräftemangel, wenn die Älteren aus dem Beruf ausscheiden. Darauf ist unsere Gesellschaft

überhaupt nicht vorbereitet. Das PUEG kann daher auch nur der erste Teil der Pflegereform in dieser Legislaturperiode sein. Es muss noch mehr passieren – so ist es im Koalitionsvertrag auch vereinbart.

Maria: Wir haben im Koalitionsvertrag ein sehr gutes Kapitel zur Pflege verankert. Der Referentenentwurf des PUEG aus dem Gesundheitsministerium enthielt die wesentlichen Punkte. Doch bis zum Kabinettsentwurf sind viele Maßnahmen wieder gestrichen worden. Das betrifft insbesondere die Stabilisierung der Pflegeversicherung. Sie muss von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben wie der Finanzierung der Pandemiekosten und der Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige entlastet werden. Hätten wir an dieser Stelle unseren Koalitionsvertrag erfüllt und die Kosten aus Steuermitteln finanziert, müssten wir jetzt nicht den Beitragssatz erhöhen. Wir werden weiter darauf dringen, die Pflegeversicherung hier zu entlasten.

Welche Verbesserungen am Gesetz konntet ihr im parlamentarischen Verfahren erreichen?

Maria: Wir mussten bis kurz vor Verabschiedung des Gesetzes verhandeln, um das Entlastungsbudget für pflegende Angehörige wieder mit aufzunehmen. Aus diesem Budget können flexibel und unbürokratisch professionelle ambulante Dienste oder Maßnahmen der Kurzzeitpflege bezahlt werden. Das ist besonders wichtig für Angehörige, die Menschen betreuen, die rund um die Uhr Pflege benötigen. Sie können sich jetzt auch mal eine Auszeit von der belastenden Pflegesituation nehmen.

Kordula: Der zweite Punkt, der von großer Bedeutung ist, ist die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege. In vielen Familien ist die mittlere Generation berufstätig. Sie haben Kinder, die zur Schule gehen, und ältere Menschen im Haushalt, die pflegebedürftig sind. Das PUEG verlängert Fördermaßnahmen, die die Arbeitsbedingungen für diese Menschen erleichtern. Außerdem haben wir die Pflege im Quartier gestärkt. Denn die Menschen brauchen die Unterstützungsnetzwerke dort, wo sie leben. Modellversuche in Kommunen bieten den Angehörigen deshalb gezielte Hilfen an: etwa durch akademisch ausgebildete „Community Health Nurses“, die komplexe Pflegesituationen managen und andere, weniger qualifizierte Pflegekräfte anleiten können. Ziel dieser Projekte ist es, möglichst schnell eine gute Infrastruktur aus Nachbarschaftshilfe, bürgerschaftlichem Engagement und professionellen Angeboten aufzubauen.

Stichwort Fachkräftemangel: Wie wollt ihr die Situation in der Pflege verbessern?

Kordula: Für bessere Arbeitsbedingungen haben wir bereits die tarifliche Bezahlung in der Langzeitpflege durchgesetzt. Außerdem reformieren wir die Personal-

schlüssel, damit die Pflegekräfte nicht ständig überlastet sind. Und wir bringen gerade ein Gesetz auf den Weg, das die akademische Ausbildung in der Pflege aufwerten soll. Pflegeprozesse sind in der Regel sehr komplex, weil sie soziale, pflegerische und medizinische Aspekte beinhalten. Diese drei Aspekte sollen in Zukunft in den verschiedenen Phasen des Studiums stärker zum Tragen kommen. Wir hoffen, dass es dadurch attraktiver wird, einen Pflegeberuf zu ergreifen.

Maria: Hinzu kommt: Wer heute auf einer Fachschule Pfleger*in lernt, bekommt eine Ausbildungsvergütung. Wer Pflege studiert, geht bisher leer aus. Dadurch sind die derzeitigen Pflegestudiengänge wenig nachgefragt. Das wollen wir mit dem Gesetz ändern, das künftig eine Vergütung der Praxiszeiten im Studium vorsieht.

Kordula: In den meisten Ländern gibt es in der Pflege gar keine Berufsausbildung, sondern nur Bachelor- und Masterstudiengänge. Das ist auch ein Grund, warum wir bei der Anwerbung von Fachkräften Probleme haben. Wer mit einem Bachelorabschluss aus dem Ausland zu uns kommt, hat plötzlich ganz andere Aufgaben. In Deutschland macht eine dreijährig ausgebildete Pflegefachkraft Grund- und Behandlungspflege. Überall sonst auf der Welt ist die Grundpflege in der Verantwortung der Assistenzkräfte – und die Fachkräfte konzentrieren sich auf die umfassenden, spezialisierten pflegerischen Aufgaben. Deshalb werden wir die Aufgaben angleichen, damit wir gute Leute gewinnen und halten können.

Das klingt, als gebe es noch ganz grundsätzlichen Reformbedarf in der Organisation der Pflege.

Kordula: Ja. Wir haben in Deutschland auch das Problem, dass jedes Bundesland die Ausbildung der Assistenz- und Helferberufe in der Pflege eigenständig organisiert. Das geht von einem sechswöchigen Kurs bis zu einer zweijährigen Assistenzausbildung. Das wollen wir vereinheitlichen, damit man auch mal umziehen und trotzdem weiterarbeiten kann. Eine Assistenzausbildung eignet sich auch für Menschen, die zu uns kommen und nicht studieren wollen oder können.

Maria: Ohne eine Neuordnung der Pflegekompetenzen in der Ausbildung und im föderalen System können wir nicht die Schlagkraft entfalten, die wir brauchen. Wichtig ist auch, dass Menschen, die sich für den Pflegeberuf interessieren, erkennen, dass sie auch mit geringen Ausgangsvoraussetzungen ihren Weg gehen und sich weiterentwickeln können. Wir dürfen in der Pflege niemanden verlieren!

Wir danken euch für das Gespräch.

Das Interview fand am 24. Mai im Bundestag statt.

● gruene-bundestag.de/pflege

FACHBEREICHEN

Fachbereich

1 WIRTSCHAFT & SOZIALES



Arbeit: SCHRITT ZU MEHR INKLUSION

Menschen mit Behinderungen haben das gleiche Recht, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu bestreiten, wie Menschen ohne Behinderungen – können es jedoch zu selten wahrnehmen. So sind sie seit Jahrzehnten deutlich häufiger und länger arbeitslos und arbeiten häufiger in Teilzeit oder Minijobs, wenn sie die Suche nach Arbeit nicht bereits vollständig aufgegeben haben. Mehr als 320.000 Menschen mit Behinderungen sind zudem in Werkstätten für behinderte Menschen zu sehr geringen Löhnen beschäftigt – oft jahrzehntelang und ohne Perspektive auf einen regulären Job.

Die Ursachen hierfür sind vielfältige Barrieren auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Leistungen für behinderte Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen, die sie beschäftigen, werden häufig nur nach langen und aufwendigen Verwaltungsverfahren bewilligt. Ein Teil der Arbeitgeber*innen hat aber auch Vorbehalte und Vorurteile gegen Menschen mit Behinderungen.

Aus diesen Gründen hat der Bundestag ein Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes beschlossen, mit dem einige der bestehenden Probleme angepackt werden. Unterstützungsmaßnahmen werden dadurch besser, transparenter und verlässlicher. So gelten einige Leistungen nun nach sechs Wochen als bewilligt, sofern das jeweils zuständige Amt bis dahin nicht entschieden hat. Dadurch sinkt die Hemmschwelle, Menschen mit Behinderungen einzustellen. Auf der anderen Seite erhöht das Gesetz die Ausgleichsabgabe deutlich, die Arbeitgeber*innen zahlen müssen, wenn sie ein ganzes Jahr lang keinen einzigen schwerbehinderten Menschen beschäftigen.

Wir als grüne Bundestagsfraktion begrüßen das Gesetz, wollen aber mehr. Wir haben daher mit SPD und FDP zwei weitere Gesetze vereinbart. Mit einem davon werden wir uns dem System der Werkstätten für behinderte Menschen, den Arbeitsbedingungen und der Entlohnung dort sowie den Alternativen dazu widmen. Ein zweites Gesetz soll dazu beitragen, dass Menschen häufiger auch dann bei ihrem bisherigen Arbeitgeber bleiben können, wenn sie ihre bisherige Tätigkeit aufgrund einer Behinderung nicht mehr wie gewohnt ausüben können.

- gruene-bundestag.de/arbeit

Fachbereich

2 ÖKOLOGIE

Ernährung: DER ERSTE BÜRGERRAT KANN LOSLEGEN

So geht demokratische Teilhabe! Im Koalitionsvertrag haben wir unter der Überschrift „Lebendige Demokratie“ vereinbart, neue Formen des Bürgerdialogs zu nutzen, um politische Entscheidungsprozesse zu verbessern. Jetzt geht es los: Am 10. Mai 2023 haben die Abgeordneten des Bundestags den ersten vom Parlament beauftragten Bürgerrat beschlossen. 160 geloste Bürger*innen aus ganz Deutschland werden Fragen rund um das Thema „Ernährung im

Wandel: zwischen Privatangelegenheiten und staatlichen Aufgaben“ diskutieren. Begleitet wird der Bürgerrat von einem Beirat aus zwölf Wissenschaftler*innen, die von den Fraktionen benannt werden. Am 29. September 2023 wird der Bürgerrat seine Arbeit aufnehmen. Seine Handlungsempfehlungen legt er dem Bundestag in Form eines Gutachtens bis zum 29. Februar 2024 vor.

- gruene-bundestag.de/buergerrat

Mobilität: **49-EURO-TICKET ERFOLGREICH GESTARTET**

Am 1. Mai hat in der deutschen Nahverkehrslandschaft eine kleine Revolution stattgefunden. Mit dem 49-Euro-Ticket können Fahrgäste nun bundesweit mit einer Fahrkarte Bus und Bahn nutzen – und das preisgünstig über alle Tarifgrenzen des Nahverkehrs hinweg. Im Herbst soll der ÖPNV-Pakt darüber hinaus den dringend notwendigen Angebotsausbau in Stadt und Land besiegeln. Und noch einen Schritt hat die Ampel auf unser Drängen hin vereinbart: Ab 2024 wird das Ticket familienfreundlicher, die Mitnahme von Kindern und Jugendlichen wird erleichtert.

- gruene-bundestag.de/49euro



Foto: Picture Alliance

Landwirtschaft: **NEUES DÜNGEGESETZ FÜR MEHR VERANTWORTUNG**

Jahrelang musste die EU-Kommission ein Nitrat-Vertragsverletzungsverfahren führen, weil Deutschland zentrale Umweltziele missachtete. Dank der guten Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaftsminister Cem Özdemir und Umweltministerin Steffi Lemke ist das jetzt vorbei! Das Kabinett hat sich auf einen Entwurf für ein neues Düngegesetz geeinigt, den wir aktuell im Parlament beraten. Kern des Gesetzes ist die Stärkung des Verursacherprinzips. Zukünftig müssen sich alle landwirtschaftlichen Betriebe in den kritischen „roten Gebieten“ gleichermaßen ihrer Verantwortung stellen. Das Gesetz sieht ein Wirkungsmonitoring und Verbesserungen bei der sogenannten Stoffstrombilanzierung vor. Damit wird es künftig möglich sein, Betriebe, die nachweislich nicht gewässerschonend wirtschaften, stärker in die Pflicht zu nehmen und gleichzeitig Betriebe zu entlasten, die in dieser Hinsicht vorbildlich sind.

- gruene-bundestag.de/duengegesetz

Fachbereich

3 DEMOKRATIE & VIELFÄLTIGE GESELLSCHAFT

Innere Sicherheit: **POLIZEIBEAUFTRAGTE***R** KOMMT**

Wir haben uns in der Ampelkoalition auf Eckpunkte zur Einführung eines oder einer unabhängigen Polizeibeauftragten für die Polizei des Bundes geeinigt. Damit wird es eine unabhängige Ansprechperson geben, an die sich sowohl Bürger*innen als auch Polizist*innen wenden können, wenn sie auf strukturelle Mängel, Fehlentwicklungen oder Fehlverhalten hinweisen wollen. Die überwiegende Mehrheit der Polizist*innen kommt ihrer sehr anspruchsvollen und zum Teil gefährlichen Aufgabe gewissenhaft und innerhalb der rechtsstaatlichen Grenzen nach. Hierfür gebühren ihnen Respekt und Wertschätzung. Kommt es allerdings zu rechtswidrigen Handlungen von Polizist*innen, wiegen diese für die Betroffenen oft sehr schwer. Umso wichtiger ist, dass es hier eine wirksame rechtsstaatliche Kontrolle gibt. Das stärkt das Vertrauen in die Polizei.

- gruene-bundestag.de/polizeibeauftragte

Digitalisierung: **AUF DEM WEG ZUR DIGITALEN VERWALTUNG**

Weiter Weg zum Amt, Wartenummer ziehen und wegen fehlender Dokumente alles wiederholen? Behördengänge für Bürger*innen und Unternehmen müssen endlich flächendeckend digital möglich sein. Dafür bringen wir das „OZG 2.0“ auf den Weg, das „Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes und des E-Government-Gesetzes“. Dabei setzen wir uns dafür ein, umfassend Open-Source-Software bei der Entwicklung von IT-Lösungen für die Verwaltung zu nutzen. Das Prinzip „Once only“ („Nur einmal“) wird es erheblich erleichtern, Dokumente einzureichen. Ein hohes Maß an Datenschutz und IT-Sicherheit muss selbstverständlich sein, damit die persönlichen Daten sicher sind.

- gruene-bundestag.de/ozg

Integration: **NEUES EINWANDERUNGSGESETZ BIETET CHANCEN**

Deutschland leidet unter massivem Arbeitskräftemangel. Einwanderung ist ein zentraler Schlüssel zur Lösung dieses Problems. Seit vielen Jahren dringen wir Grüne im Bundestag auf ein Einwanderungsgesetz, das diesen Namen auch verdient. Jetzt kommt es. Arbeitskräfte aus dem Ausland werden sich künftig breiter auf dem deutschen Arbeitsmarkt bewerben können. Die Berufserfahrung aus dem Ausland wird besser berücksichtigt, die Anerkennung von Qualifikationen erleichtert und wir führen eine „Chancenkarte“ ein. Denn im weltweiten Wettbewerb um schlaue Köpfe und fleißige Hände müssen wir uns um die Menschen aktiv bemühen. Besonders wichtig dabei: familienfreundliche Regelungen. Hier konnten wir im parlamentarischen Verfahren wichtige Verbesserungen erreichen, ebenso mit dem sogenannten Zweckwechsel im Visumsverfahren. Mit dem Einstieg in den „Spurwechsel“ erhalten zudem geflüchtete Menschen eine langfristige Perspektive.

- gruene-bundestag.de/integration

Fachbereich

4 INTERNATIONALE POLITIK & MENSCHENRECHTE

Außenpolitik: **KLIMAPARTNERSCHAFT STATT GASGESCHÄFTE MIT DEM SENEGAL**



Der Senegal kann auch ohne Gas und Öl eine gute Zukunft haben. Das zeigt eine Studie von Germanwatch und dem New Climate Institute im Auftrag der grünen Bundestagsfraktion. Schon heute stammen dort mehr als 30 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien. Die Studie verdeutlicht, wie der Anteil weiter erhöht werden kann und welche konkreten Schritte Deutschland mit seiner Klimaaußenpolitik dabei unterstützen sollte. Wir Grüne im Bundestag wollen deshalb, dass Deutschland eine Klimapartnerschaft für 100 Prozent Erneuerbare mit dem Senegal eingeht – und keinen Gasdeal.

Das heißt, wir wollen – anders als Bundeskanzler Olaf Scholz – das Land nicht bei der Ausbeutung der Gas- und Ölfelder unterstützen, die zwischen 2014 und 2017 vor der senegalesischen Küste entdeckt wurden. Denn damit würde der Eigenverbrauch an fossilen Energieträgern im Senegal steigen und die Abhängigkeit von Gas und Öl zunehmen. Deutschland hat sich bei der Weltklimakonferenz 2021 international verpflichtet, keine weitere fossile Infrastruktur im Ausland mehr zu fördern. An dieser Zusage halten wir fest.

Der Senegal hat hervorragende Möglichkeiten, ein klimaneutrales Stromsystem aufzubauen. Bisher haben nur zwei Drittel der Menschen Zugang zu Elektrizität. Die Regierung möchte alle Bürger*innen ihrer wachsenden Bevölkerung ans Netz anschließen. Da sich auch die Wirtschaft weiterentwickelt, wächst der Strombedarf. Die Studie zeigt, dass dieser gut mit erneuerbaren Energien gedeckt werden kann. Der Senegal hat ein großes Potenzial an Sonne und Wind.

Doch noch ist das Stromsystem im Senegal nicht flexibel genug. Alte, fossile Energien verstopfen die Leitungen. Jetzt gilt es, das Stromsystem fit zu machen für mehr erneuerbare Energien. Die Studie gibt konkrete Empfehlungen für die nächsten Schritte in diese Richtung. Deutschland kann dabei explizit sein Know-how aus der Energiewende einbringen.

Derzeit verhandelt die Bundesregierung im Rahmen der G7 eine Klimapartnerschaft mit dem Senegal. Der Fokus sollte dabei klar auf erneuerbaren Energien liegen – die Empfehlungen der Studie können dafür eine wichtige Richtschnur sein.

- gruene-bundestag.de/senegal



Aus- und Weiterbildung: **AUSBILDUNGSWOCHEN DER FRAKTION**

Viele Schüler*innen stehen aktuell vor dem Schulabschluss und der Frage: Wie geht es weiter? Eine Antwort darauf: „Mach eine Ausbildung!“ Ausbildungsberufe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Darum haben grüne Abgeordnete in den „Ausbildungswochen“ zwischen Kiel und Konstanz Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen besucht. Sie haben gehört, was Azubis und Ausbilder*innen bewegt und welche Unterstützung sie sich wünschen.

Jährlich bleiben knapp 70.000 Ausbildungsplätze unbesetzt. In fast allen Branchen werden Auszubildende gesucht. Gleichzeitig sind 2,6 Millionen junge Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Deshalb geben wir mit der Ausbildungsgarantie allen Jugendlichen bei fehlenden Ausbildungsplätzen die Möglichkeit, zunächst eine außerbetriebliche Ausbildung zu beginnen. Wir verbessern die Berufsorientierung und führen ein öffentlich gefördertes Orientierungspraktikum ein. Zudem investiert der Bund 500 Millionen Euro in den Bau von Azubi-Wohnungen. Berufliche Bildung und akademische Bildung sind gleichwertig. Darum setzen wir uns für ein bundesweites Bildungsticket, gut ausgestattete Berufsschulen und das (Aufstiegs-)BAföG ein.

- gruene-bundestag.de/aus-und-weiterbildung

Kultur: **DER KULTURPASS IST DA!**

Der Kulturpass der Bundesregierung ist gestartet. Seit Mitte Mai ist die App für die Registrierung der Kulturanbieter*innen und ihrer Angebote freigeschaltet. Seit Mitte Juni können alle Jugendlichen, die in diesem Jahr 18 Jahre alt werden, über die App bis zu 200 Euro für Kulturangebote ausgeben: für Bücher, Konzert- oder Kinokarten in ihrer Region, aber auch in ganz Deutschland.

Der Kulturpass bietet jungen Menschen die Chance, neue Angebote kennenzulernen und nach der entbehrungsreichen Zeit der Pandemie wieder gemeinsam Kunst und Kultur zu erleben. In der Branche ist ein extremer Einbruch der Nachfrage spürbar – sei es bei Konzertveranstalter*innen, dem soziokulturellen Zentrum, Kinobetreiber*innen oder im Buch- und Musikladen um die Ecke. Der Kulturpass sorgt dafür, dass die Anbieter*innen vor Ort und das Publikum von morgen wieder direkt miteinander verbunden werden.

- gruene-bundestag.de/kultur

Konferenz: **70 JAHRE NACH DEM VOLKSAUFSTAND**

Am 17. Juni dieses Jahres jährten sich der Volksaufstand in der DDR und dessen Niederschlagung zum 70. Mal. Mit einer Konferenz im Paul-Löbe-Haus haben wir Grüne im Bundestag am 9. Juni an den Mut der Protestierenden erinnert und den heutigen Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur kritisch beleuchtet.



In seiner Keynote ordnete der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk zunächst die Ereignisse um den 17. Juni 1953 ein. Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, erklärte im Anschluss, dass viele Betroffene des Regimes noch immer um Entschädigung und Anerkennung kämpfen.

Danach diskutierten mehrere Panels und Workshops die Dimensionen des Unrechts in der DDR, den Widerstand gegen das System und die Frage, was heutige Demokratiebewegungen daraus lernen können. Engagierte Redner*innen waren die ehemalige Leiterin der Stasi-Unterlagenbehörde Marianne Birthler, der Direktor der Stiftung Gedenkstätte Hohenschönhausen Helge Heide-meyer sowie Kassem Taher Saleh, viele Abgeordnete der grünen Bundestagsfraktion und viele weitere Expert*innen aus Wissenschaft und Gesellschaft.

● gruene-bundestag.de/17-juni-1953

Parlamentarische Nacht: **JETZT IST DIE ZEIT**

Die grüne Bundestagsfraktion hat beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in bewährter Tradition zur parlamentarischen Nacht eingeladen. Gemeinsam mit 300 Gästen aus Gesellschaft und Kirchen haben wir am 9. Juni darüber gesprochen, was die Losung „Jetzt ist die Zeit“ des diesjährigen Kirchentages für die Politik bedeutet. Unsere Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann, unsere innenpolitische Sprecherin Lamya Kaddor und Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt konnten zahlreiche inhaltliche Bezüge herstellen: Jetzt ist die Zeit, die großen Herausforderungen des Klimawandels politisch zu adressieren. Jetzt ist die Zeit, Kindern in Armut durch die Kindergrundsicherung echte Chancen und Partizipation zu ermöglichen. Jetzt ist die Zeit, gesellschaftlichen Polarisierungen entgegenzuwirken. Abgerundet wurde das Programm durch ein Grußwort des Kirchentagspräsidenten Thomas de Maizière. Einen ausführlichen Bericht mit Bildern gibt es hier:

● gruene-bundestag.de/kirchentag23



Foto: T. Elm



Fraktionsempfang: **40 JAHRE GRÜNE IM BUNDESTAG**

Mehr als 700 Gäste feierten am 13. Juni mit der grünen Bundestagsfraktion bis spät in die Nacht Geburtstag. Die Fraktionsvorsitzenden Britta Haßelmann und Katharina Dröge begrüßten neben grünen Abgeordneten der ersten Stunde auch aktuelle grüne Minister*innen, Bundeskanzler Olaf Scholz oder Bundestagspräsidentin Bärbel Bas. Videos und eine Ausstellung verbanden Geschichte und Gegenwart der Fraktion und zeigten Wege grüner Politik in die Zukunft auf – getreu dem Jubiläumsmotto: > More future >>!

- gruene-bundestag.de/40jahre

Fotos: Stefan Kaminski



Konferenz: **BESSER ESSEN**

Welche Ernährung tut unserer Gesundheit und der unseres Planeten gut? Hierüber diskutierten am 12. Mai mehr als 350 Teilnehmende mit uns. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir stellte die geplante Ernährungsstrategie der Bundesregierung vor. Renate Künast, Initiatorin des Kongresses und Sprecherin für Ernährungspolitik der grünen Bundestagsfraktion, betonte, dass wir uns derzeit auf Kosten unserer Lebensgrundlagen ernähren. In fünf Foren ging es um biologische, regionale und saisonale Gemeinschaftsverpflegung, gesunde Ernährung im Krankenhaus, den Schutz unserer Kinder vor zu vielen Dickmachern, alternative Proteine – und die Rolle der Digitalisierung für die Ernährungswende. Die erarbeiteten Maßnahmen nutzt die Fraktion für ihre weitere Arbeit. Zum ausführlichen Bericht und der Aufzeichnung der Konferenz geht es hier:

- gruene-bundestag.de/ernaehrungskonferenz

Foto: M. Fleischmann

TERMINE

WIE VERÄNDERT KI UNSER BILDUNGSSYSTEM?

Teil 1 der Reihe „@ducation: Digitalisierung der Bildung gestalten“

Online-Fachgespräch am 13.7.2023

FB 5-Koordination, TEL 030/227 51066

fachbereich5@gruene-bundestag.de

TAG DER EIN- UND AUSBLICKE

Tag der offenen Tür am 3.9.2023

im Deutschen Bundestag

Öffentlichkeitsarbeit,

TEL 030/227 51280

oea@gruene-bundestag.de

NATIONALE TOURISMUS-STRATEGIE

Fachgespräch am 6.9.2023 in Berlin

FB 2-Koordination, TEL 030/227 59406

fachbereich2@gruene-bundestag.de

BARRIEREFREIER VERKEHR

Fachgespräch am 8.9.2023 in Berlin

FB 2-Koordination, TEL 030/227 59406

fachbereich2@gruene-bundestag.de

DIE WELTBANK UND DIE GLOBALE TRANSFORMATION

Fachgespräch am 27.9.2023 in Berlin

FB 4-Koordination, TEL 030/227 58944

fachbereich4@gruene-bundestag.de

Weitere Informationen auf:

- gruene-bundestag.de/termine

sowie über unsere Newsletter.

PUBLIKATIONEN

FLYER

20|14 Grüne Wärme für alle

20|17 Gesunde Erde, gesunde Menschen

LEPORELLO

20|15 Neue Gentechnik in der Landwirtschaft

BROSCHÜRE

20|18 More future – 40 Jahre Grüne im Bundestag

ZEITSCHRIFT

20|13 Gemeinsam stärker (profil:GRÜN April 23)

Mehr unter:

- gruene-bundestag.de/publikationen

BESTELLUNGEN AN:

Bündnis 90/Die Grünen

Bundestagsfraktion, Versand,

11011 Berlin oder:

versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion. Sie erscheint vier Mal im Jahr und kann unter oben stehender Adresse bestellt werden.

ONLINE

Tagesaktuell, Fraktionsbeschlüsse, Initiativen, Bundestagsreden, Videos und Newsletter auf:

- gruene-bundestag.de

VIDEO

In unserer neuen Gesprächsreihe #WasGruenIst beantwortet Katharina Dröge Fragen zur Wärmewende und Jan-Niclas Gesenhues zum Aktionsplan Natürlicher Klimaschutz:

- gruene-bundestag.de/videos

SOCIAL MEDIA

 twitter.com/GrueneBundestag

 [instagram.com/gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)

 gruene.social/@GrueneBundestag